

**Stefan  
Manser-Egli**

**227**

**Die zehnte  
Überfremdungs-  
initiative – und ein  
radikaler Gegen-  
entwurf**

Die aktuelle SVP-Initiative gegen die Zuwanderung heisst jetzt «Nachhaltigkeits-Initiative». Die Namen ändern sich, der Kern bleibt gleich. Treffender wäre der Begriff «Zehnte Überfremdungsinitiative», je nach Zählweise. Der folgende Beitrag erinnert daran, in welcher Tradition die SVP-Initiative steht, warum diese im Kern immer ausländer- und damit menschenfeindlich ist und wie ein radikaler politischen Gegenentwurf aussieht.

### Die Überfremdungsinitiative

Der Wikipedia-Eintrag zu James Schwarzenbach ist bemerkenswert. Er beginnt mit dem Satz: «James Eduard Schwarzenbach war ein zuerst rechtsextremer, später rechtspopulistischer Schweizer Politiker.» Schwarzenbach war Mitglied der Nationalen Front, er verherrlichte die nationalsozialistische Ideologie und agitierte gegen Migrant:innen sowie gegen Jüdinnen und Juden. Er verehrte den spanischen Diktator Franco und sagte im Fernsehen, in der Schweiz sei er Demokrat, in Spanien wäre er Faschist.

Dieser Mann lancierte 1968 die nach ihm benannte «Schwarzenbach-Initiative», amtlich «Volksbegehren gegen die Überfremdung», die den «Ausländeranteil» in der Schweiz auf 10 Prozent begrenzen wollte (mit einer Ausnahme für Genf). Da schon 1970 rund 17 Prozent der Bevölkerung nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügten, hätten damit Hunderttausende die Schweiz verlassen müssen. Diesem Volksbegehren stimmten mit einer rekordhohen Stimmbeteiligung von 75 Prozent am 7. Juni 1970 unfassbare 46 Prozent der stimmenden Schweizer Männer und sieben Stände (darunter Bern und Luzern) zu. Schwarzenbach machte den Auftakt in der Geschichte der Schweizer Überfremdungsinitiativen.

### Eine Konstante der Schweizer Demokratie

1974 folgte die eidgenössische Volksinitiative «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz». Was wie Ecopop klingt, ist auch drin: Die zentralen Argumente neben «Assimilation ist nur bedingt möglich» waren, dass die Überfremdung zu Überbevölkerung führe und den Umweltschutz gefährde.<sup>1</sup> Diesmal sollten die Einbürgerungen pro Jahr auf 4.000 Menschen, die Zahl der «Ausländer» in der Schweiz auf 500.000 und deren Anteil an der Bevölkerung auf 12 Prozent beschränkt werden. Die Stimmbeteiligung betrug noch immer 70 Prozent (diesmal mit den Frauen), während die Initiative von rund zwei Dritteln der Stimmenden verworfen wurde.

Keine drei Jahre später wollte die nächste Überfremdungsinitiative den «Ausländeranteil» erneut auf 12,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung begrenzen. Auch hier lautete ein verkapptes Nachhaltigkeitsargument, die Überfremdung verändere «Landschafts- und

1 Vgl. P. Haas/Bundesamt für Flüchtlinge: Die vier Überfremdungsinitiativen von 1970, 1974, 1977 und 1988 – Argumente und Gegenargumente, Givisiez 2000.

Volkscharakter». Die nächste Initiative der Nationalen Aktion für Volk und Heimat, über die 1988 abgestimmt wurde, kam einer eigentlichen Rechenaufgabe für Fortgeschrittene gleich – auch diesbezüglich ist die «Nachhaltigkeits-Initiative» kein Novum: «Solange die Wohnbevölkerung der Schweiz 6,2 Millionen überschreitet, darf die Anzahl der Einwanderer höchstens zwei Drittel der ausländischen Auswanderer des Vorjahres betragen.» Diese Begrenzung sollte auch für anerkannte Flüchtlinge gelten, auch da steht die aktuelle «Grenzschutz-Initiative» der SVP in langer Tradition. Die beiden Initiativen erreichten noch rund 30 Prozent Zustimmung.

Es folgte 1996 eine Volksinitiative «gegen illegale Einwanderung», die auf das Asylrecht abzielte und 46 Prozent Zustimmung erreichte. Im Jahr 2000 kam dann die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung», etwas unverblümter auch als «18-Prozent-Initiative» bezeichnet, weil sie den «Ausländeranteil» einmal mehr begrenzen wollte. Nun auf 18 Prozent, wobei dieser Anteil in der Schweiz damals schon über 20 Prozent betrug. Diese Überfremdungsinitiative erreichte 36 Prozent Zustimmung. Schliesslich kam 2014 die «Masseneinwanderungs-Initiative» zur Abstimmung, im selben Jahr Ecopop («Stopp der Überbevölkerung») und 2020 die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)». Nun folgen mit der «Nachhaltigkeits-» und der «Grenzschutz-Initiative» der SVP also die Überfremdungsinitiativen Nummer zehn und elf. Seit 1970 sind sie eine Konstante der Schweizer Demokratie.

### Die Gewalt der Zahlen

Die Geschichte der Überfremdungsinitiativen verdeutlicht nicht nur, wessen Geistes Kind sie bis heute sind, sondern auch, welche zentrale Rolle die Zahlen einnehmen. Sowohl

der relative «Ausländeranteil» als auch die absolute Einwohnerzahl der Schweiz werden seit jeher als Referenz für die Überfremdungsabwehr herangezogen. Es zeigt sich auch, wie *willkürlich* diese Zahlen seit jeher sind: Mal geht es um 12, 12,5, oder 18 Prozent, mal um 500.000, mal um 6.2 Millionen oder eben um 9, 9,5 oder 10 Millionen Menschen in der Schweiz. Gleichzeitig wohnt diesen blossen Zahlen eine ungeheure Gewalt inne, da sie die Menschen dahinter und deren Schicksale komplett verschleiern.

*Überfremdung*. Oder moderner: *Dichtestress*. Wer nun glaubt, dass wir die aktuellen Überfremdungsinitiativen zum Anlass nehmen sollten, über tatsächliche Probleme und Sorgen der Menschen zu sprechen, geht den Schwarzenbachs von damals und heute auf den Leim. Es geht ihnen nie um Wohnraum, Infrastruktur oder Sozialpolitik, geschweige denn um die Umwelt. Ihnen geht es immer nur darum, für jedes *beliebige* Thema den «Ausländer», die «Zuwanderung» und das «Fremde» zum Sündenbock zu machen und daraus politisches Kapital zu schlagen. So schreibt die SVP in ihrem aktuellen Argumentarium zur «10-Mio-Initiative» wortwörtlich: «Fast alle Probleme, unter denen die Schweiz zu leiden hat, hängen zusammen mit dem masslosen Bevölkerungswachstum der letzten Jahre und Jahrzehnte.»

Die Überfremdungsinitiativen mit ihrer rohen Gewalt der Zahlen und der blanken Ablehnung des Anderen sind nie politisch legitime, diskutierbare Anliegen. Sie sind in ihrer Abwehr des Fremden immer rassistisch (und oftmals klassistisch), nationalistisch, ausländer- und damit letztlich menschenfeindlich.

### Ein radikaler Gegenentwurf

So gut wie nie wurde den Überfremdungsinitiativen ein politischer und gesellschaftlicher Gegenentwurf

gegenübergestellt. Die einzige Ausnahme bildete die «Mit-  
enand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik», über die  
1981 abgestimmt wurde. Auch in dieser Tradition sieht sich  
die bald zur Abstimmung kommende Volksinitiative «Für  
ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)». Sie ist  
ein radikaler Gegenvorschlag zu den SVP-Überfremdungs-  
initiativen. Radikal nicht, weil ihr Anliegen an sich radikal  
wäre, sondern weil sie sich dem allgegenwärtigen Geist  
der Überfremdungsinitiativen entschieden entgegensetzt.  
Die Radikalität der Demokratiebewegung speist sich aus  
dem Gründungsmanifest der «Aktion Viertel». Das  
Manifest fordert ein Grundrecht auf Einbürgerung und  
einen neuen, mutigen Gesellschaftsentwurf: Wer in der  
Schweiz lebt, hat ein Recht auf vollwertige politische und  
gesellschaftliche Teilhabe. Es ist ein grundlegendes Recht  
aller Menschen, im Land, in dem sie dauerhaft leben, das  
Bürgerrecht zu haben.

Während das Manifest radikal ein Grundrecht auf  
Einbürgerung fordert, ist die «Demokratie-Initiative»  
geradezu pragmatisch. Im Gegensatz zu den Über-  
fremdungsinitiativen macht sie Menschen nicht zu blos-  
sen Zahlen. Sie enthält keine Rechenspiele und keine  
Höchstzahlen, sie verfügt nicht über Menschen. Sie ver-  
langt lediglich einheitliche und objektive Einbürgerungs-  
kriterien, um allen Menschen in der Schweiz den Zugang  
zur Demokratie zu ermöglichen: Fünf Jahre Aufenthalt  
in der Schweiz, keine grobe Straffälligkeit, Grundkennt-  
nisse einer Landessprache. Wer diese Kriterien erfüllt, soll  
einen *Anspruch* auf Einbürgerung haben. Heute gleicht die  
Einbürgerung oftmals einem mittelalterlichen Gnadenakt  
durch die Obrigkeit. Ein solcher Rechtsanspruch bei Er-  
füllung der Kriterien sollte eigentlich eine rechtsstaatliche  
Selbstverständlichkeit sein. In Deutschland zum Beispiel  
gilt dieser Einbürgerungsanspruch seit jeher. Klingt ver-  
nünftig, oder?

Die unwahrscheinliche Annahme der «Demokratie-Initiative» durch Volk und Stände würde die Schweiz in Sachen Einbürgerungsrecht von ganz hinten ins europäische Mittelfeld spedieren. Sie würde die Schweiz in dieser Hinsicht ganz normal machen. Ganz sicher nicht normal ist es hingegen, alle paar Jahre über eine Überfremdungsinitiative abzustimmen. Und es ist auch nicht normal, dass das Staatssekretariat für Migration als Referenzkontakte für die Einbürgerung *vorzugsweise* «Schweizer Bürger durch Abstammung» verlangt.<sup>2</sup> Oder der deutsche Bundeskanzler «Stadtbild» sagt und Überfremdung meint.

Es war ein bitterkalter Tag Ende November 2024, als die «Demokratie-Initiative» eingereicht wurde. Aber es brannte ein Feuer auf der Bundesterrasse. Viele der Menschen, die in den Jahren und Monaten davor über 130.000 Unterschriften gesammelt hatten, waren gekommen, um diesen Moment zu feiern. Die Übergabe der Unterschriften war ein Volksfest. Die Lehrerinnen Xhemile und Sovrane aus dem Lokalkomitee Schwyz betonten in ihrer Rede, was die «Demokratie-Initiative» für sie bedeutet, und warum diese Einreichung ein emotionaler Akt war: «Wir stehen hier, weil wir an eine bessere Zukunft glauben – eine Zukunft, in der jeder, der hier lebt, gehört wird und mitgestalten kann. Eine Zukunft, in der Heimat bedeutet, dass man auch mitentscheiden darf.»<sup>3</sup> Das Feuer, das an diesem Novembertag vor der Bundeskanzlei brannte, gilt es nun in der ganzen Schweiz zu entfachen. Gegen die unsäglichen und extremen SVP-Initiativen, aber umso stärker noch, umso *radikaler*, für die «Demokratie-Initiative».

2 Sabrina Bundi: Bund fordert bei Einbürgerung Referenzen von «Schweizern durch Abstammung», Tagesanzeiger vom 4. Oktober 2025.

3 Die ganze Rede findet sich hier: <https://demokratie-volksinitiative.ch/all-news/rede-von-xhemile-istrefi-ademi-und-sovrane-ademi-zur-einreichung-der-demokratie-initiative/>.